



Bürgerinitiative Frauenappell  
frauenappell@aon.at

# Petition



www.zukunft-voitsberg.at  
office@zukunft-voitsberg.at

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Faymann,  
sehr geehrter Herr Vizekanzler Pröll,  
sehr geehrter Herr Gesundheitsminister Stöger,  
sehr geehrter Herr Umweltminister Berlakovich,  
sehr geehrter Herr Wirtschaftsminister Mitterlehner!

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Voves,  
sehr geehrter Herr LH-Stellvertreter Schützenhöfer,  
sehr geehrte Frau Gesundheitslandesrätin Vollath,  
sehr geehrter Herr Umweltlandesrat Wegscheider,  
sehr geehrter Herr Wirtschaftslandesrat Buchmann!

Das stillgelegte Braunkohlekraftwerk ÖDK 3 hätte geschliffen und die technischen Anlagen verkauft werden sollen. Am Areal war die Ansiedlung von innovativen Betrieben im Bereich der erneuerbaren Energie mit einem Impulszentrum „Energiezentrum Lipizzanerheimat“ geplant. Aufgrund massiver politischer Interventionen wurde das Kraftwerk an den Industriellen Kovats verkauft, der das Kraftwerk in ein Steinkohlekraftwerk umrüsten möchte. Bei einer Inbetriebnahme des Steinkohlekraftwerkes drohen dem Bezirk Voitsberg katastrophale Gesundheits- und Umweltbelastungen! Der sich in der Region positiv entwickelnde Tourismusbereich und die davon profitierende Wirtschaft würden massiv gefährdet werden.

Unsere beiden Bürgerinitiativen sind parteiunabhängig und werden von tausenden (!) Menschen unterstützt, täglich werden es mehr! Wir bitten Sie, unsere Sorgen und Ängste ernst zu nehmen und alles in Ihrer Macht Stehende zu unternehmen um eine Wiederinbetriebnahme des Kraftwerkes zu verhindern bzw. die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen!

Außerdem fordern wir Sie auf, die zuständigen Behörden anzuhalten, die Gesetze exakt zu befolgen, damit der Rechtsstaat gewahrt wird!

## **Der IPPC-Bescheid GZ 4.2-153/06 vom 11.12.2007 wurde von der BH Voitsberg u.E. rechtswidrig ausgestellt!**

Bestehende Anlagen mussten gemäß der IPPC-Richtlinie bis spätestens 31.10.2007 an den Stand der besten verfügbaren Techniken angepasst werden. Die vorgesehenen Anpassungsmaßnahmen mussten der Behörde bis spätestens 31.10.2006 mitgeteilt werden. Die Behörde musste dann innerhalb von längstens 6 Monaten mit Bescheid feststellen ob tatsächlich die besten verfügbaren Techniken eingesetzt werden bzw. zusätzliche Maßnahmen vorschreiben.

- ❖ Warum akzeptierte die Behörde den Genehmigungsantrag des Betreibers vom 06.11.2006 und somit nach Ablauf der gesetzlichen Frist (31.10.2006) bzw. lehnte sie den Antrag nicht ab?
- ❖ Warum reagierte die Behörde nicht innerhalb der gesetzlichen Frist sondern mehr als 13 Monate(!) danach?
- ❖ Wie konnte die Behörde einen Bescheid am 11.12.2007 erlassen, wenn die Sanierungsmaßnahmen bis spätestens 31.10.2007 abgeschlossen sein mussten?
- ❖ Wie konnte die Behörde bei einer stillgelegten Anlage die erforderlichen Emissionsmessungen durchführen?
- ❖ Warum erfüllt der Bescheid der Behörde nicht die gesetzlich vorgegebenen Inhaltsanforderungen (so fehlt u.a. die Angabe der Brennstoffwärmeleistung, ein wesentlicher Faktor für die Feststellung einer UVP-Pflicht)?
- ❖ Warum hat die Behörde die Genehmigungsfähigkeit der Anlage nicht anhand einer Prognoseentscheidung über die Immissionsentwicklung beurteilt, wie sie verpflichtet gewesen wäre?
- ❖ Warum hat die Behörde keine Aktions- bzw. Luftreinhaltepläne unter Führung der Gegenmaßnahmen aufgestellt, damit die Grenzwerte gemäß IG-L nicht überschritten werden?
- ❖ Warum wurde von der Behörde der Stand einer mehr als 20 Jahre alten Technik und z.B. für Feinstaub PM10 im Vergleich zu den besten verfügbaren Techniken ein 10-fach höherer Emissionsgrenzwert genehmigt?
- ❖ Warum wurden zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Bevölkerung von der Behörde dem Betreiber keine Maßnahmen zur Erreichung der besten verfügbaren Techniken vorgeschrieben wie es die IPPC-RL 96/61/EG verlangt?
- ❖ Wie beurteilen Sie die Rechtsverletzungen seitens der Behörde?
- ❖ Werden Sie die Staatsanwaltschaft beauftragen zu prüfen, ob hier von der Behörde eine Verletzung der Amtspflicht und/oder verwandte strafbare Handlungen nach dem StGB gesetzt wurden?



Bürgerinitiative Frauenappell  
frauenappell@aon.at

# Petition



www.zukunft-voitsberg.at  
office@zukunft-voitsberg.at

## Die Ärzte im Bezirk Voitsberg warnen: Feinstaub ist tödlich, die gesundheitliche Belastung wird sich massiv verschlechtern!

Das Steinkohlekraftwerk wird jährlich 455.520 kg Feinstaub ausstoßen. Durch Feinstaub kommen 7x mehr Menschen ums Leben als durch Verkehrsunfälle. 67 Ärzte des Bezirkes Voitsberg haben im Oktober 2009 in einer gemeinsamen Erklärung eindringlich davor gewarnt, dass sich mit der Inbetriebnahme des Kraftwerkes die gesundheitliche Situation im bereits stark belasteten Bezirk Voitsberg massiv verschlechtern wird. Der Kernraum Voitsberg ist bereits als Feinstaubsanierungsgebiet ausgewiesen und wies während des Betriebes des alten Braunkohlekraftwerkes eine der höchsten Krebssterblichkeitsraten in Österreich auf!

❖ **Welche Maßnahmen werden Sie anordnen, damit die Gesundheit und das Leben der Bevölkerung geschützt werden?**

## Es drohen massive Überschreitungen der Feinstaubgrenzwerte!

Obwohl das alte, 2006 stillgelegte, Kraftwerk jährlich nur zwischen 4 und 6 Monate in Betrieb war, wurde zwischen 2004 und 2006 der Grenzwert von  $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$  für den Tagesmittelwert TMW durchschnittlich 52x/Jahr überschritten. Ab 1.1.2010 darf der Grenzwert für den TMW nicht öfter als 25 x/Jahr überschritten werden.

Das neue Steinkohlekraftwerk wird das ganze Jahr über rund um die Uhr, also rund doppelt so lang, in Betrieb sein! Ein Überschreitungstag kostet bis zu EUR 400.000,-. Ab 1.1.2010 darf der Grenzwert für den TMW nicht öfter als 25 x/Jahr überschritten werden.

**Bitte veranlassen Sie im Interesse der Bevölkerung, dass ein Gutachten mit folgenden Punkten erstellt wird:**

- Ermittlung des Ist-Zustandes der jährlichen Feinstaubbelastung.**
- Ermittlung um wie viel sich die jährliche Feinstaubbelastung durch die Inbetriebnahme des Kohlekraftwerkes erhöhen wird.**
- Ermittlung mit wie vielen jährlichen Überschreitungstagen bei einer Inbetriebnahme des Kohlekraftwerkes zu rechnen ist.**
- Ermittlung wie hoch die daraus resultierenden EU-Strafen sein werden.**
- Ermittlung ob diese Strafen mit Steuergeld oder vom Betreiber des Kraftwerkes bezahlt werden.**

## Das Steinkohlekraftwerk gefährdet die Erreichung der Klimaziele!

Das Kohlekraftwerk wird jährlich 2.378.720 Tonnen  $\text{CO}_2$  emittieren. Das entspricht dem  $\text{CO}_2$  Ausstoß von mehr als 1,4 Millionen modernen Fahrzeugen die das ganze Jahr über rund um die Uhr um das Kraftwerk kreisen! Zum Vergleich: Das sind mehr als doppelt so viele Pkw wie in der gesamten Steiermark zugelassen sind. Die aktuelle steirische Gesamtemissionsmenge würde dadurch um ca. 20 % auf mehr als 12 Mio. Tonnen in die Höhe schnellen. Voitsberg wäre dadurch ein Sargnagel für Österreichs Klimaschutzpolitik und würde auch zu Umweltkatastrophen beitragen!

Wir befürchten, dass daher sowohl die Steiermark als auch die Republik Österreich die festgelegten Klimaziele nicht erreichen werden können und es zu massiven Strafzahlungen kommen wird! Bei Nichteinhaltung der EU-Klimaziele könnte das Kraftwerk Voitsberg uns SteuerzahlerInnen insgesamt 35,68 Millionen Euro an  $\text{CO}_2$ -Strafzahlungen kosten (EUR 15,00/Tonne)!

**Bitte veranlassen Sie im Interesse der Bevölkerung, dass ein Gutachten mit folgenden Punkten erstellt wird:**

- Auswirkungen auf die in der Steiermark festgelegten Klimaziele.**
- Auswirkungen auf die in Österreich festgelegten Klimaziele.**
- Auswirkungen auf die  $\text{CO}_2$  Bilanz in Österreich.**
- Ermittlung ob Strafzahlungen und in welcher Höhe diese anfallen könnten.**
- Prüfung ob diese Strafen mit Steuergeld oder vom Betreiber des Kraftwerkes bezahlt werden.**



Bürgerinitiative Frauenappell  
frauenappell@aon.at

# Petition



www.zukunft-voitsberg.at  
office@zukunft-voitsberg.at

## Das Lipizzanergestüt Piber ist in Gefahr!

Die Spanische Hofreitschule baut ihren niederösterreichischen Standort in Heldenberg aus. Die steirischen Politiker warnen vor einer Aushöhlung des Standortes Piber und fordern eine Standortgarantie. Sie werfen der Geschäftsführerin Elisabeth Gürtler vor, den Standort Piber auszuhöhlen. Das Lipizzanergestüt stand bereits 1983 aufgrund der Pferdeseuche vor der Schließung. Als Ursache der Seuche wurde eine verminderte Abwehrfähigkeit des Immunsystems der Pferde, verursacht durch Umweltbelastungen, insbesondere durch SO<sub>2</sub> und NO<sub>x</sub>, emittiert vom Kraftwerk ÖDK Voitsberg, angenommen. Das neue Steinkohlekraftwerk wird jährlich jeweils 1.813.320 kg SO<sub>2</sub> und NO<sub>x</sub> emittieren!

- ❖ Wie hoch schätzen Sie die Gefahr einer neuen Seuche, verursacht durch die vom Steinkohlekraftwerk freigesetzten Schadstoffe ein?
- ❖ Können Sie für Piber eine Standortgarantie abgeben, auch wenn das Steinkohlekraftwerk in Betrieb geht?
- ❖ Wie sehen Sie die Zukunft des Lipizzanergestütes Piber neben dem Steinkohlekraftwerk?

## Die Therme Nova und das Projekt Bad Köflach würden gefährdet werden!

Welcher Tourist wird in Zukunft die Therme Nova besuchen, die in einem der umweltbelastetsten Gebiete mit höchster Krebssterblichkeitsrate in Österreich liegen wird?

- ❖ Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des Kraftwerkbetriebes auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Therme Nova?
- ❖ Wie beurteilen Sie bei einer Inbetriebnahme des Steinkohlekraftwerkes die Chancen des Projektes Bad Köflach?

## Tausch von Arbeitsplätzen im Tourismusbereich gegen Arbeitsplätze im Steinkohlekraftwerk auf Kosten unserer Gesundheit?

Laut Tourismusverband Lipizzanerheimat können im Tourismusbereich und in davon abhängigen bzw. profitierenden Unternehmen langfristig mehrere hundert Arbeitsplätze verloren gehen!

Der Kraftwerksbetreiber behauptet, mit dem Kraftwerk samt angeschlossenen Forschungszentrum werden bis zu 200 dauerhafte Arbeitsplätze für die Region Voitsberg geschaffen.

- ❖ Werden Sie vom Kraftwerksbetreiber eine Arbeitsplatzgarantie einfordern und für wie viele Arbeitsplätze und wie lang soll diese gelten?

Bitte veranlassen Sie im Interesse der Bevölkerung, dass ein Gutachten mit folgenden Punkten erstellt wird:

- Volkswirtschaftliche, ökologische und soziale Verträglichkeit des Steinkohlekraftwerkes.
- Auswirkungen des Betriebes eines Steinkohlekraftwerkes auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung im Bezirk Voitsberg.
- Wie viele Arbeitsplätze werden im Tourismusbereich langfristig verloren gehen und wie viele Arbeitsplätze werden durch das Kohlekraftwerk tatsächlich geschaffen?
- Wie weit wird durch die Emissionen des Steinkohlekraftwerkes die Emissionsobergrenze ausgeschöpft bzw. wird dadurch eine Ansiedelung neuer (emittierender) Betriebe überhaupt noch möglich sein?
- Ermittlung wie viele arbeitslose Menschen im Bezirk Voitsberg überhaupt die fachliche Qualifikation besitzen ein Kraftwerk zu bedienen bzw. in einem Forschungszentrum tätig sein zu können.



Bürgerinitiative Frauenappell  
frauenappell@aon.at

# Petition



www.zukunft-voitsberg.at  
office@zukunft-voitsberg.at

## „CO<sub>2</sub>-Speicherung“? Ein Forschungszentrum auf Kosten unserer Gesundheit und mit unseren Steuergeldern?

Der Investor verkündete, ein Forschungszentrum errichten zu wollen, ohne dieses näher zu beschreiben. Es wird vermutet, es sollen Versuche mit der Abscheidung von CO<sub>2</sub> gemacht werden, auf diese Weise CO<sub>2</sub>-Zertifikatszahlungen gespart und dabei öffentliche Gelder für die Forschung lukriert werden!

Diese Vermutung wird erhärtet, da in einer Gemeindezeitung bereits von einem „CO<sub>2</sub>-freien Kohlekraftwerk“ gesprochen wird! Dass eingelagertes CO<sub>2</sub> fast so brisant sein kann wie Atommüll, zeigen Katastrophen in den 1980er-Jahren in Kamerun. Durch CO<sub>2</sub>-Austritt aus Vulkankrater-Seen gab es tausende tote Menschen und Tiere.

- ❖ **Befürworten Sie diese Hochrisikotechnologie bzw. was werden Sie unternehmen damit ein derartiges Forschungsprojekt verhindert wird?**
- ❖ **Gemäß EG-K kann von der Behörde für die Dauer von sieben Jahren ein Versuchsbetrieb genehmigt werden. Versuchsbetriebe fallen nicht unter die Umwelt-Schutzbestimmungen der IPPC-RL! Sind Sie dafür, dass für das Forschungsprojekt „CO<sub>2</sub>-Speicherung“ ein Versuchsbetrieb genehmigt wird?**
- ❖ **Ist es zutreffend, dass sich der Kraftwerksbetreiber bei einem Forschungsprojekt „CO<sub>2</sub>-Speicherung“ die CO<sub>2</sub>-Zertifikatszahlungen erspart?**
- ❖ **Sind Sie dafür, dass am Standort Voitsberg ein Forschungsprojekt „CO<sub>2</sub>-Speicherung“ mit öffentlichen Geldern gefördert wird?**

## Ein Steinkohlekraftwerk für die Sicherstellung der steirischen Stromversorgung? Trotz GDK Mellach?

Der Betreiber behauptet, sein Steinkohlekraftwerk sei für die Sicherstellung der elektrischen Stromversorgung notwendig. Im Genehmigungsbescheid für das GDK Mellach wird mehrmals die Stilllegung bzw. kalte Konservierung der thermischen Altanlagen in der Steiermark, worunter zweifellos auch Voitsberg fällt, angesprochen. Sollte die Stilllegung von Voitsberg wieder aufgehoben werden, so würden im UVP-Verfahren bzw. bei der Erteilung des Genehmigungsbescheides für das GDK Mellach von falschen Voraussetzungen ausgegangen worden sein! Argumentiert wurde der Bau des GDK Mellach u.a. mit der Annäherung an die Kyotoziele (da alte Kohle- bzw. Ölkraftwerke durch ein Gaskraftwerk ersetzt werden) und mit der Sicherstellung der steirischen Energieversorgung.

- ❖ **Ist es für die Sicherstellung der steirischen Energieversorgung erforderlich, dass das Steinkohlekraftwerk in Betrieb genommen wird?**
- ❖ **Sind Sie dafür, dass die Steiermark auf Kosten unserer Gesundheit und von Klima- und Umweltzielen zu einem Stromexportland wird?**

Wie bereits erwähnt, sind unsere beiden Bürgerinitiativen parteiunabhängig und werden von tausenden Menschen unterstützt. Bitte nehmen Sie unsere Sorgen und Ängste ernst und unternehmen Sie alles in Ihrer Macht stehend um eine Wiederinbetriebnahme des Kraftwerkes, das katastrophale Gesundheits- und Umweltbelastungen mit sich bringen würde, zu verhindern bzw. schaffen Sie zum Schutz der Bevölkerung die rechtlichen Grundlagen dafür! Tragen Sie außerdem dafür Sorge, dass die zuständigen Behörden die Gesetze exakt befolgen, damit der Rechtsstaat nicht gefährdet wird!

**Bitte beantworten Sie unsere Fragen noch vor den steirischen Gemeinderatswahlen und geben Sie die angesprochenen Gutachten unverzüglich in Auftrag!**

Im Namen der von unseren Bürgerinitiativen vertretenen Menschen danken wir im Voraus für Ihre Unterstützung und sehen Ihrer Antwort mit großem Interesse entgegen!

Susanne Unger e.h.  
Frauenappell

Georg Kürzl e.h.  
Aktion Zukunft Bezirk Voitsberg